

# Kriminelle effizienter bekämpfen

**Strafverfolgung** Geschäftsprüfungskommission schlägt lange Liste von Veränderungen vor

VON MICHAEL NITTAUS

Sie hat wieder zugeschlagen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrates legte gestern ihren neusten Bericht vor. Nach der viel beachteten Kritik an der Organisation der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) überprüfte die GPK nun die Umsetzung der neuen schweizerischen Strafprozessordnung (StPO), die in Baselland 2011 eingeführt worden war. Dabei legte sie den Fokus auf die Schnittstellen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten.

## Die Polizei hat kaum Zeit

Und wie schon bei der VGD kommt die GPK zum Schluss, dass diverse Mängel bestünden. Ganze 16 Empfehlungen hat die eingesetzte Arbeitsgruppe «Strafverfahren BL» in einem gemäss Präsident Hanspeter Weibel (SVP, Bottmingen) «intensiven und langen Prozess» seit September 2012 ausgearbeitet. Empfehlungen deshalb, weil die GPK über kein Weisungsrecht verfügt. Sie beantragt dem Landrat lediglich, dass die angesprochenen Stellen – Regierung, Sicherheitsdirektion (SID), Staatsanwaltschaft, Polizei und Zwangsmassnahmengericht (ZMG) – innert dreier Monate Stellung nehmen müssen.

«Unsere Empfehlungen sollen unter anderem helfen, die Strafverfolgung insgesamt in Baselland effizienter zu machen», fasst Weibel seine Absichten zusammen. Tatsächlich zielen mehrere Punkte direkt darauf, konkrete Abläufe zu verbessern:

- Die in der neuen StPO verkürzten Fristen, die erweiterten Parteirechte und die erhöhten formellen Anforderungen hätten den Zeitdruck für die Ermittlungsarbeit der Polizisten enorm gesteigert. So könne es sein, dass ein Tatverdächtiger nicht in Untersuchungshaft genommen werden kann, da die Polizei nicht innert 24 Stunden die nötigen Beweise liefern



Baselland soll gegen Kriminelle effizienter vorgehen.

KEYSTONE

kann. Zudem stelle das ZMG wesentlich höhere Anforderungen an einen «dringenden Tatverdacht» als etwa Basel-Stadt. Letztlich müsse ein Verdächtiger freigelassen werden, nur um ihn nach Eintreffen der Beweise zur Fahndung auszuschreiben. Die GPK empfiehlt, allenfalls bei der na-

tionalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz eine Verlängerung der Fristen zu beantragen.

## Stawa und Gericht in der Kritik

- Die Staatsanwaltschaft schöpfe ihre Kompetenzen nicht aus. So werde etwa kaum einmal das Auto von einge-

reisten Kriminaltouristen beschlagnahmt, sodass sie das Land ohne Probleme wieder verlassen können.

- Besonders viel Kritik muss das ZMG einstecken. «Man kann sich schon fragen, ob die Anforderungen zur Anordnung von Zwangsmassnahmen in Baselland so viel höher als in anderen Kantonen sein dürfen, da die StPO schliesslich in der ganzen Schweiz gilt», sagt Weibel. Die Empfehlung: Aufeinander abgestimmte Standards einführen.

## Fachkommission wird reagieren

Da eine wichtige Basis des GPK-Berichts die Befragung von 21 Polizisten und Staatsanwälten war, erstaunt dieser Fokus auf die Praxis wenig. Doch auch strukturell schlägt die GPK Änderungen vor. So solle geprüft werden, ob die Kriminalpolizei analog zu Basel-Stadt in die Staatsanwaltschaft integriert oder ob die Strafbefehlbüros zentralisiert werden. Personell zielt der Bericht neben dem ZMG vor allem auf die Fachkommission, die den Regierungsrat bei der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft unterstützt. So solle dort niemand mehr Mitglied sein können, der «Leistungsempfänger» der Stawa ist oder diese beeinflussen könne. Heute sitzen zwei Strafgerichtspräsidenten in der dreiköpfigen Fachkommission.

«Diese Kritik nehmen wir erst einmal zur Kenntnis», sagt Fachkommissions-Präsident Adrian Jent. Es könne allerdings sein, dass sich nun ihr Jahresbericht 2012, der für diesen Sommer vorgesehen ist, verzögere, um dort auf die Kritik einzugehen. Auch auf der SID gibt man sich zurückhaltend: «Es wäre unseriös, bereits jetzt zu einzelnen Empfehlungen Stellung zu nehmen», sagt Sprecher Adrian Baumgartner. Aber: «Gewisse Sachen sehen wir sicher etwas anders als die GPK, Gewisses ist überholt und Gewissem stimmen wir zu.» Die SID werde – unabhängig des Landratsentscheids – auf alle Fälle Stellung nehmen.

## Nachrichten

### Pratteln Neuer HEV-Präsident ernannt



Der Hauseigentümergebiet (HEV) Baselland hat einen neuen Kantonalpräsidenten: Landrat Markus Meier (Bild: rechts) übernimmt den Posten des ehemaligen Nationalrats Hans Rudolf Gysin (Bild: links). Fredy Veit, bisheriger Vizepräsident, trat ebenfalls zurück. (BZ)

### Oberwil Auffahrkollision der BLT-Trams geklärt

Zur Auffahrkollision von zwei BLT-Trams am 12. Juni in Oberwil kam es, nachdem die Wagenführerin eines der Trams die Distanz falsch eingeschätzt hatte: Das teilte die Baselland Transport AG (BLT) am Montag nach einer Analyse des Vorfalls mit. Die Wagenführerin habe die Distanzverhältnisse falsch gedeutet und einen normalen Bremsvorgang ausgelöst. Die Situation hätte laut BLT jedoch eine Notbremsung erfordert. Den Sachschaden an den Fahrzeugen schätzt die BLT inzwischen auf ungefähr 200 000 Franken. (SDA)

### Hölstein Knabe mit Rega ins Spital geflogen

Bei einem Unfall auf einem Bauernhof in Hölstein ist am Sonntagabend ein achtjähriger Knabe verletzt worden. Die Rega flog ihn ins Spital. Der Unfall hatte sich beim Hof Finelen zugetragen, wie die Polizei mitteilte. Ein Mann war mit einem landwirtschaftlichen Fahrzeug rückwärts aus einer Scheune gefahren. Dabei geriet er zu weit nach links und über eine abfallende Stützmauer. Das Fahrzeug kippte zur Seite. Der Knabe, der sich bei der Stützmauer aufgehalten hatte, erlitt dabei Verletzungen. (SDA)

### Buus Totalsperrung wegen Hangbewegung

Seit vergangenem Freitag bewegt sich der Hang in der Waldegg in Buus. Da sich die Bewegungen im Verlaufe des Montagmorgens verstärkt haben, musste der Hang geräumt werden. Darum wurde die Strasse zwischen Buus und Rickenbach am Montag, 17. Juni 2013, ab 13 Uhr für jeglichen Verkehr gesperrt. Die Ursache für den Hangrutsch ist nicht bekannt, ein Zusammenhang mit den wassergesättigten Böden ist aber nicht auszuschliessen. (BZ)

## Agglo-Graffiti zum neuen BL-Kulturleitbild und die Auswirkungen auf die Agglomeration

# Die Agglomeration: Das unbekannte Land

## ■ DAS NEUE BL-KULTURLEITBILD

wird am kommenden Mittwoch (19. Juni 2013) – kurz vor der Sommerpause (und nach über zweijähriger Verspätung) – der Presse vorgestellt. Dann können auch im öffentlichen Disput wieder Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das tut Not, zumal im öffentlichen Diskurs und in den entsprechenden Blogs sehr diffus und wirr über das Phantom «Baselbieter Kultur» lamentiert wird. Einerseits scheinen die Wortführer zu vergessen, dass es eine gelebte Baselbieter Kultur gibt und auch die zukünftige Baselbieter Kultur nicht in den luftleeren Raum hinein erfunden wird. Man kann sich also auf bestehende und funktionierende Kulturaktivitäten, auf etablierte Institutionen und auf eine gängige Praxis abstützen.

**ES GIBT IM BASELBIET** eine gelebte Kultur! Sie reicht von den unterschiedlichen Ausprägungen der Laienkultur bis hin zu den professionellen Kulturaktivitäten, wie sie im Gare du Nord, im Kunsthaus Baselland, im Palazzo, während des Musikfestivals in Rümelingen und im Theater Roxy präsentiert werden. All diese Aktivitäten sind im Ursprung das Resultat privater Kulturinitiativen. Diese Aktivitäten gibt es seit Jahren; das ist gut so. Wir müssen die Welt nicht neu erfinden. Andererseits gibt es parallel dazu eine äusserst reichhaltige Basler Kulturlandschaft, welche keinesfalls losgelöst betrachtet werden kann. Zumindest die Nutzniesser der einen, wie der anderen Kultur werden hier, kei-



## Christoph Meury

Der 59-jährige Christoph Meury ist noch bis diesen Herbst Leiter des Theaters Roxy und Wahl-Birsfelder aus Überzeugung.

nen Unterschied wahrnehmen, oder allfällige Differenzen wären ihnen egal.

**WAS MICH PERSÖNLICH** an diesem Diskurs stört, ist die verkrampfte Trennung zwischen einer Baselbieter und einer Basler Kultur. Einige Kommentatoren behaupten im Diskurs sogar für das Baselbiet eine Gleichsetzung zwischen ihrer Vorstellung der Baselbieter Kultur und der Laienkultur. SVP-Landrat Georges Thüring redet dabei explizit immer von einer Baselbieter Kultur, welche gehegt und gepflegt werden müsse und hat dabei ausschliesslich Laientheatergruppen,

Chöre und Musikvereine im Fokus. Das ist eine sinnlose «Ballenberg»-Mythisierung des Baselbiets. Mit Verlaub: Herr Thüring verkennt, dass der Kanton Baselland schon lange nicht mehr der idyllische und konservative Landkanton ist, welcher sich an der gemeinen und kleinräumigen Dorfpolitik und der Landwirtschaft orientiert. Er ist ein Kanton, welcher sich kulturell und wirtschaftlich in einem globalisierten und modernen Umfeld bewegt. Auch die Einwohnerzahlen widersprechen der Landorientierung: Der Kanton Baselland zählt 277 614 (30.09.2012) Einwohner, davon leben 160 640 Menschen in den Agglomerationsgemeinden.

**DAMIT SIND DIE** Agglomerations-Einwohner eindeutig in der Mehrheit und werden in Zukunft das politische Leben prägen. Als Bevölkerungsgruppe werden sie aber nicht als eigenständige Grösse wahrgenommen. Wir reden immer nur von der Landbevölkerung und im Gegenzug von den Stadtbewohnern. Die Agglomeration wird ignoriert. Es sind aber diese Gemeinden, welche den Kanton finanziell am Laufen halten. Hier werden die Gelder erwirtschaftet, welche über alle 86 Baselbieter Gemeinden ausgeschüttet werden. Die finanzkräftigen Gemeinden (Gebergemeinden) finanzieren die schwachen Gemeinden (Empfängergemeinden). 17 Gemeinden kommen 2012 im Baselbiet für den Finanzausgleich auf. 69 der insgesamt 86 Gemeinden erhalten Ausgleichszahlungen. Diese belaufen sich

auf total 65,3 Millionen Franken. Wir reden also von den rund 160 000 Agglos (oder Bewohnern des Speckgürtels), welche in den Vorankündigungen des neuen Kulturleitbilds oder dem entsprechenden Diskurs nicht erwähnt werden.

**REGIERUNGSRAT WÜTHRICH** ist zwar bemüht, die Kantonsgrenze in der Kultur wegzudiskutieren, verkennt aber, dass es starke Tendenzen gibt, welche genau in diese Richtung tendieren und keinesfalls zulassen, dass kulturelle Zentrumsleistungen abgeboten werden. Es sind gerade die Agglos, welche sich vermutlich eher und stärker in Richtung der Stadt, als nach Liestal oder Waldenburg orientieren. Also muss man für diese Bevölkerungsmehrheit eine konstruktive Antwort finden. Die Kontroverse ist bei der Theaterabstimmung entbrannt und könnte jederzeit wieder entflammen.

**FÜR MICH** persönlich ist es sowieso unfassbar, wie zwei Kantone, welche im Alltag existenziell aufeinander angewiesen sind und in einer friedlichen Koexistenz leben, parallel zwei Kulturkonzepte und Kulturleitbilder entwickeln können, welche kaum eine gemeinsame Schnittmenge haben, geschweige denn sich als gemeinsames Papier präsentieren. Das ist inhaltlich und strukturell nicht nachvollziehbar. Dafür muss sich die Politik verantworten. Ich habe nicht Schildbürgerstreich gesagt. Aber ein Blödsinn ist es in jedem Fall.

INSERAT

**T SAISON 2013/2014**

**H JETZT IM ABO B**

**E OPER**

**A Schneewittchen S**

**R**

www.theaterbasel.ch